ANTRAG

| | | Vorlage-Nr.: A 06/0085 | |
|--|----------------|------------------------|-------------------|
| 42 – Fachdienst junge Menschen Amt für Schule, Sport und Kindertagesstätten | | | Datum: 16.02.2006 |
| Bearb. | : SPD-Fraktion | Tel.: | öffentlich |
| Az. | : | | |

Beratungsfolge Sitzungstermin

Ausschuss für junge Menschen

01.03.2006

- 1. Lernzentrum Gymnasium Harksheide;
- 2. Mittagsverpflegung am Gymnasium Harksheide

Beschlussvorschlag

Zu 1.

Der Ausschuss für junge Menschen nimmt die Ausführungen und Pläne des Gymnasiums Harksheide zustimmend zur Kenntnis (Vorlage B 05/0467).

Der Schulverein des Gymnasiums Harksheide wird ermutigt in dem Bemühen, das Bauvorhaben aus eigener Kraft und mit Hilfe von Spenden sowie Zuwendungen Dritter zu errichten.

Eine gesicherte Finanzierung ist der Stadt als Schulträger vor einem möglichen Baubeginn nachzuweisen.

Eine Beteiligung der Stadt Norderstedt als Schulträger an den Baukosten wird ausgeschlossen.

Die Verwaltung wird gebeten, vor Beginn des Bauvorhabens vertraglich mit dem Bauträger zu vereinbaren, dass die Stadt Norderstedt als Eigentümer des Gebäudes von etwaigen Entschädigungsansprüchen bei einer möglichen Veräußerung freigehalten wird.

Des weiteren wird die Verwaltung gebeten, in Anlehnung an die Ausführungen der Rechtsabteilung vor Beginn des Bauvorhabens die Frage der Verletzung von Urheberrechten zu klären.

Zu 2.

Der Ausschuss für junge Menschen beschließt auf Grund der Beschlussvorlage B 05/0494 (Offene Ganztagsschule Gymnasium Harksheide/Mittagsverpflegung) und beschließt des weiteren die Variante II als Standort für die Mittagsverpflegung.

| Sachbearbeiter/in | Abteilungsleiter/in | Amtsleiter/in | mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausga- ben: Amt 20) | Dezernent/in |
|-------------------|---------------------|---------------|--|--------------|
| | | | | |

Sachverhalt

Aufgrund der geänderten Sachlage und des Beschlusses im Hauptausschuss der Stadt Norderstedt vom 13.02.2006 sowie des Beschlusses im Hauptausschusses des Kreises Segeberg, die Kreisumlage erheblich zu erhöhen, ist mit einer schnellen Realisierung der von der CDU angedachten Lösung nicht zu rechnen. Dadurch entsteht dringender Handlungsbedarf im Interesse der Schule.

Weitere Begründung mündlich.

Anlagen:

Antrag der SPD-Fraktion